## Bankenchronik

Die Allianz will den Kreditversicherer Euler Hermes für mehr als 1,8 Milliarden Euro komplett übernehmen. Der Münchener Versicherer kündigte ein Übernahmeangebot an die restlichen Aktionäre seiner deutsch-französischen Tochter an, an der er bisher 63 Prozent hält. Für die restlichen Euler-Hermes-Aktien bietet die Allianz (Stand Anfang Dezember 2017) je 122 Euro.

Bei der Ermittlung des Referenzzinssatzes Libor (London Interbank Offered Rate) soll sich bis zum geplanten Auslaufen im Jahr 2021 nichts ändern. Die Zusammensetzung des Kreises von 20 Banken, die den Zinssatz ermitteln, bleibe gleich, teilte die britische Finanzaufsicht Financial Conduct Authority (FCA) mit. Von den hiesigen Banken gehört die Deutsche Bank zu den Häusern, die den Zins festlegen. Die FCA hatte im Sommer die Einführung eines zuverlässigeren Systems ab spätestens Ende 2021 angekündigt.

Die Sparda-Bank Münster und die Sparda-Bank West streben einen Zusammenschluss an und wollen die bereits begonnenen Fusionsgespräche intensiv fortsetzen und die strukturelle, technische und kulturelle Zusammenführung vorbereiten. Die ordentlichen Vertreterversammlungen der Sparda-Bank Münster und der Sparda-Bank West soll im Juni 2018 abschließend über die Fusion beraten und entscheiden. Die neue Genossenschaftsbank soll unter dem Namen Sparda-Bank West firmieren und würde mit einer Bilanzsumme von rund 11,3 Milliarden Euro zur Nummer zwei der Sparda-Banken und zur Nummer vier unter den etwa 970 Genossenschaftsbanken in Deutschland aufrücken. Düsseldorf soll der Unternehmenssitz der fusionierten Bank werden, Münster als Zweigniederlassung ein weiterer Hauptstandort sein.

Die Erste Financial Services GmbH (EFS), Tochter der im Zuge der West-LB-Abwicklung entstandenen Erste Abwicklungsanstalt (EAA), hat einen Outsourcing-Vertrag mit der IBM Deutschland geschlossen und lagert den größten Teil der von ihr erbrachten Dienstleistungen aus. Der Vertrag sieht zugleich die Übernahme von rund 300 EFS-Beschäftigten in Düsseldorf und London durch IBM vor. IBM wird der EAA auf Basis des Outsourcing-Vertrags mit der EFS sowohl IT- als auch Operationsdienstleistungen für Kredit-, Wertpapier- und Derivatebestände zur Verfügung stellen.

## 24. November 2017bis8. Dezember 2017

Die Ergo Gruppe plant, die Internationalisierung und Transformation der Gruppe voranzutreiben. Zu diesem Zweck wurde die Gesellschaft Ergo International Corporate Solutions SA (EICS) als Kernmaßnahme der strategischen Initiative zum Ausbau des internationalen Geschäfts mit Firmenkunden gegründet (siehe auch Personalien in diesem Heft). Die Veränderungen sollen nach Möglichkeit zum Jahresbeginn 2018 wirksam werden und stehen teilweise noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der relevanten Gremien und Aufsichtsbehörden.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) stellt ihr geplantes Verbot für den Verkauf von Bonitätsanleihen an Privatanleger vorläufig zurück. Die Deutsche Kreditwirtschaft (DK) und der Deutsche Derivate Verband (DDV) hatten der BaFin eine Selbstverpflichtung für die Emission und den Vertrieb von bonitätsabhängigen Schuldverschreibungen vorgelegt und reagierten damit auf die Anlegerschutzbedenken, die die Aufsicht hinsichtlich des Retailvertriebs dieser Produkte hat. Die BaFin will nun nach sechs Monaten überprüfen, ob das Maßnahmenpaket der Branche wirkt.

Die Europäische Union hat 17 Länder auf eine schwarze Liste von Steueroasen gesetzt. Diese Staaten tun aus EU-Sicht nicht genug, um Steuerflucht zu bekämpfen und hätten sich geweigert, mit der EU zusammenzuarbeiten und ihr Vorgehen nicht geändert. Die Liste soll nun regelmäßig anhand von drei Kriterien aktualisiert werden: Transparenz, faire Besteuerung und Umsetzung der auf Ebene der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Organisation for Economic Co-operation and Development, OECD) bereits beschlossenen Maßnahmen gegen Steuervermeidung und Gewinnverlagerungen. Insgesamt 47 Länder, die gegenüber der EU schon Zugeständnisse gemacht und Reformen angekündigt, diese aber noch nicht umgesetzt haben, landeten auf einer sogenannten grauen Liste und sollen beobachtet werden. Sanktionen sind vorerst nicht vorgesehen.

Die EU-Kommission hat einen Fahrplan und mehrere konkrete Maßnahmen zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) Europas veröffentlicht. Zu den vier konkreten Maßnahmen gehört erstens die Umwandlung des Euro-Rettungsschirms (ESM) in einen Europäischen Währungsfonds (EWF). Der zweite Vorschlag ist die Übernahme des Inhalts des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion in das EU-Recht. Der dritte Vorschlag beschäftigt sich mit neuen Haushaltslinien, die spätestens ab 2021 für eine stärkere Konvergenz sorgen sollen. Ein eigenes Eurozonen-Budget soll es dabei nicht geben. Ab 2019 soll viertens ein europäischer Wirtschafts- und Finanzminister im Amt sein, der auch der Eurogruppe vorsitzt. Dessen Zuständigkeitsrahmen muss jedoch noch bestimmt werden.

Die Commerzbank und die HSBC Transaction Services haben sich auf eine strategische Partnerschaft geeinigt, im Zuge derer die operativen Geschäftsprozesse der Wertpapierabwicklung der Commerzbank an die HSBC-Einheit ausgelagert werden sollen. Dazu soll ein Joint Venture gegründet werden, an dem die Commerzbank einen Minderheitsanteil von 20 Prozent halten wird. Die Vereinbarung läuft zunächst über einen Zeitraum von 10 Jahren. Ab 2018 ist eine intensive Testphase geplant, die den reibungslosen Start der ausgelagerten Wertpapierabwicklung sicherstellen soll. Der operative Start der neuen Gesellschaft soll Anfang 2020 erfolgen. Zu den weiteren vertraglichen Details wurde Stillschweigen vereinbart.

Der Verwaltungsrat des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (Governors and Heads of Supervision - GHOS) hat sich auf den letzten noch offenen Punkt des Regelpakets Basel III geeinigt. Die beteiligten Notenbankgouverneure und Finanzaufsichtschefs legten dabei die Untergrenze für durch Modelle bestimmte Eigenkapitalanforderungen (Output Floor) auf 72,5 Prozent fest. Außerdem informierten die GHOS über verschiedene Neuerungen deren Ziel es sei, die Schwankungen bei der Berechnung des Eigenkapitalbedarfs von Banken zu verringern und die Glaubwürdigkeit der Risikogewichtungen zu erhöhen. Die Banken haben neun Jahre Zeit, sich schrittweise auf die neuen Anforderungen einzustellen (siehe auch Gespräch des Tages).